

N I E D E R S C H R I F T

über die 4. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses der Stadt Gummersbach vom 24.06.2026 im Ratssaal, Rathausplatz 1, 51643 Gummersbach.

Die Mitglieder des Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses waren durch die fristgerechte Einladung einberufen. Der Vorsitzende stellt bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung Einwendungen nicht erhoben werden. Der Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss ist nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Anwesend sind:

Mitglieder

Vorsitzender Axel Blüm

Stadtverordneter Dirk Helmenstein

Stadtverordneter Bastian Frölich

Stadtverordneter Jakob Löwen

Stadtverordnete Uwe Schneevogt

Stadtverordnete Ronja Breuer

Stadtverordneter Joachim Tump

Stadtverordnete Kathrin Grüttgen

Stadtverordneter Thorsten Konzelmann

AM. Haydar Tokmak

Stadtverordneter Rainer Degner

Stadtverordneter Andreas Nehls

Stadtverordneter Karl-Manfred Valentin

Stadtverordnete Erika Hoferichter

Stadtverordnete Vivien Aurora Peetz

Stadtverordnete Ursula Anton

Verwaltung

Schriftführerin Heide Sophie Winheller

Raoul Halding-Hoppenheit

Katharina Klein

Jörg Robach

Nadine Wirths

Entschuldigt:

Mitglieder

Stadtverordnete Claudia Anette Stevenson

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Die Niederschrift führt: Heide Sophie Winheller

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsunterbrechung:

Sitzungsende: 17:42 Uhr

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil:

- | | |
|-------|--|
| TOP 1 | Niederschrift der letzten Sitzung |
| TOP 2 | Aktuelle Haushaltssituation |
| TOP 3 | Berichte aus Gesellschaften |
| TOP 4 | Befreiung von der Aufstellung des Gesamtabchlusses 2025
Vorlage: 05970/2026 |
| TOP 5 | Mitteilungen |

TOP 1**Niederschrift der letzten Sitzung**

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Die Niederschrift wurde somit einstimmig angenommen.

TOP 2**Aktuelle Haushaltssituation**

Die Gewerbesteureinnahmen belaufen sich aktuell auf rund 46,5 Mio. €. Damit fehlen derzeit noch ca. 5,2 Mio. € zum Haushaltsansatz von 51,7 Mio. €. Bei Gegenrechnung der entsprechend geringeren gewerblichen Umlage verbleibt dennoch eine prognostizierte Verschlechterung um rund 4,9 Mio. €. Der Gesamtertrag liegt weiterhin über dem vergleichbaren Vorjahreswert. Die weitere Entwicklung ist jedoch kritisch zu betrachten. Auch unter Berücksichtigung der Veranlagungen mit abweichendem Wirtschaftsjahr bleibt das Erreichen des erwarteten Haushaltsansatzes eine Herausforderung.

Im Bereich der Grundsteuer B fehlen aktuell noch rund 340 T€ bis zum Haushaltsansatz von 11.400 T€. . Damit hat sich der Trend von weiteren Herabsetzungen bestätigt und der Haushaltsansatz wird voraussichtlich nicht erreicht werden können.

Bei der Vergnügungssteuer wird davon ausgegangen, dass der Haushaltsansatz von 360T€ durch die aktuellen Veranlagungen erreicht werden kann. Bei der Zweitwohnungssteuer fehlen derzeit noch ca. 6 T€ bis zum Ansatz von 90 T€. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass dieser Ansatz im weiteren Jahresverlauf erreicht wird. Die Erträge aus der Hundesteuer liegen aktuell hingegen rund 15 T€ unter dem Haushaltsansatz, hier bleibt die weitere Entwicklung abzuwarten.

Die Schlüsselzuweisungen wurden um ca. 5.000 € höher festgesetzt als in der ursprünglichen Modellrechnung vorgesehen. Der Ansatz beläuft sich auf 31,755 Mio. €. Für eine belastbare Schätzung der Gemeindeanteile an der Umsatz- und Einkommensteuer muss zunächst die Mai-Steuerschätzung abgewartet werden (Ansatz USt: 9,27 Mio. €, ESt: 29,3 Mio. €). Diese liegt voraussichtlich Ende Juli vor.

Zusammenfassend ergibt sich aus den sonstigen Erträge eine Entlastung im geringen Umfang.

Die Kreisumlage wurde planmäßig in Höhe des Haushaltsansatzes von 46,6 Millionen Euro festgelegt.

Das Volumen der langfristigen Kredite beläuft sich aktuell auf rund 47,7 Mio. €. Im Zuge der Übernahme kurzfristiger Kredite durch das Land NRW zum 26.03.2026 in Höhe von 19,1 Mio. € beträgt das Volumen der kurzfristigen Kredite derzeit rund 58,0 Mio. €. Aktuell liegt der Zinssatz für Tagesgeld noch bei 2,15%.

Aktuell ist davon auszugehen, dass die Jugendhilfe mit der Ansatzerhöhung im Veränderungsnachweis innerhalb der Haushaltsansätze bleibt. Die Grundproblematik der hohen Fallzahlen, enormen Einzelfallkosten und Schwierigkeiten in der Verfügbarkeit von Plätzen in Einrichtungen oder Pflegefamilien besteht jedoch weiterhin fort und eine Verbesserung der Situation ist aktuell nicht absehbar.

Im Bereich Asyl wird davon ausgegangen, dass der finanzielle Rahmen eingehalten werden kann. Die Fallzahl liegt mit 81 unter der kalkulierten Zahl. Hiervon sind 26 Personen Ukrainer:innen und 55 haben eine Duldung. Die Anzahl der erforderlichen Wohnungen konnte auf 56 reduziert werden. Die Bezahlkarte steht kurz vor der

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Umsetzung. Aktuell wird das Verfahren erprobt und implementiert, sodass der Start im September/Oktober erfolgen kann. Die Kosten hierfür werden durch das Land erstattet. Der Rechtskreiswechsel der aus der Ukraine kriegsvertriebenen Personen vom Jobcenter zur Stadt Gummersbach wird weiterhin erwartet, ist aber noch nicht konkret beschlossen und auch zeitlich momentan offen.

Nach aktueller Hochrechnung des Fachbereichs ist bei den Personalausgaben eine Verbesserung gegenüber der ursprünglichen Kalkulation zu erwarten. Dies wird hauptsächlich durch Langzeiterkrankungen sowie zahlreiche weiterhin unbesetzte Stellen, insbesondere bei Feuerwehr und Planungsbereich, bedingt.

Für die bauliche Unterhaltung lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt noch keine belastbare Prognose treffen, trotz zusätzlicher Sonderbedarfe, wie beispielsweise für das Rathaus, wird derzeit von einer Einhaltung des vorgesehenen Budgets ausgegangen. Im Bereich Bewirtschaftung ist mit einer Budgeteinhaltung bei einem Ansatz von 9,7 Mio. € zu rechnen.

Die Prognose des Jahresergebnisses ist weitgehend unverändert zum letzten Bericht. Eine Quantifizierung des möglichen Fehlbetrags ist aktuell nicht möglich. Tendenziell zeichnet sich jedoch eine Verschlechterung ab, welches wie in der Vergangenheit maßgeblich von der Entwicklung der Gewerbesteuer beeinflusst wird. Eine abschließende Einschätzung ist hier nicht möglich. Konkrete Erkenntnisse zu Verschlechterungen liegen nicht vor, es gibt aber auch keine zusätzlichen Veranlagungen. Hier bleibt der weitere Jahresverlauf abzuwarten.

Nachdem die zusätzlichen Belastungen aus den Leistungen der Jugendhilfe im Veränderungsnachweis zum Haushalt 2026 berücksichtigt werden konnten, liegt dieser Bereich momentan im Rahmen der Kalkulation.

Die Entlastungen im Personalbudget und erwartbare Verbesserungen in den übrigen Ausgabebudgets sind erforderlich, um den eingeplanten globalen Minderaufwand zu erreichen.

TOP 3**Berichte aus Gesellschaften**

Herr Christopher Suhr, Leiter des Fachbereichs Kultur, und Herr Bastian Ganser, Leiter der Halle 32, präsentierten die KultGM AöR. Neben einem Überblick über die Aufgaben und Tätigkeitsfelder der Einrichtung wurden aktuelle Entwicklungen, Projekte sowie relevante Kennzahlen zu Veranstaltungen, Besucherzahlen und finanziellen Aspekten vorgestellt.

TOP 4**Befreiung von der Aufstellung des Gesamtabchlusses 2025****Vorlage: 05970/2026**

Nachfolgender Beschluss wurde dem Rat der Stadt Gummersbach zur Abstimmung einstimmig empfohlen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Gummersbach nimmt gem. § 116a Gemeindeordnung NRW (GO NRW) die Befreiungsmöglichkeit zur Aufstellung vom Gesamtabchluss 2025 in Anspruch.

TOP 5
Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen im öffentlichen Teil vor.

Axel Blüm
Vorsitz

Katharina Klein
Stv. Kämmerin

Heide Sophie Winheller
Schriftführung